



Inhaltsverzeichnis

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV	3
14.08.2025 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung: Ausbau der Zugstrecke zwischen MV und Brandenburg	4
EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	6
13.08.2025 rp-online: Atommüll-Zwischenlager in Ahaus: Sorge vor Sofortvollzug der Castortransporte	7

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

Ausbau der Zugstrecke zwischen MV und Brandenburg

Die Bundesländer ließen zwei mögliche Varianten prüfen / Wirtschaftlicher ist der 80-km/h-Verkehr

Brandenburg und MV wollen die Bahnanbindung im Norden verbessern. Auf dem Tisch liegen zwei Varianten: eine mit 80 und eine mit 160 km/h. Ein Gutachten empfiehlt, es langsam angehen zu lassen.

Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg wollen ihren grenzüberschreitenden Bahnverkehr ausbauen und damit Pendlern, Unternehmen und Touristen das mobile Leben leichter machen. Ein Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass im Nordwesten Brandenburgs und Südwestmecklenburg zwei Ausbauvarianten vorstellbar sind.

Die erste sieht eine Geschwindigkeit von 80 Kilometern in der Stunde (km/h) vor und würde mit 248 Millionen Euro zu Buche schlagen. Die zweite ist mit 160 km/h doppelt so schnell, aber mit 653 Millionen Euro um mehr als 400 Millionen Euro teurer. Der von beiden Ländern beauftragte Gutachter SMA und Partner schlug deshalb die 80-km/h-Option als Vorzugsvariante vor.

„Im Ergebnis sind beide Varianten positiv, wobei die Ertüchtigung auf 80 km/h wesentlich wirtschaftlicher ist“, sagte Brandenburgs Verkehrsminister Detlef Tabbert (BSW). Die Bahnverbindung sei von hoher Bedeutung für die gesamte Region im Nordwesten von Brandenburg und den Süden von MV. Mecklenburg-Vorpommerns Verkehrsminister Wolfgang Blank (parteilos), beton-

te: „Es geht am Ende drum, den Großraum Berlin-Brandenburg mit Mecklenburg-Vorpommern zu verbinden. Das ist ein ganz wichtiger strategischer Punkt.“

Das Gutachten untersuchte Potenziale auf den Bahnstrecken zwischen Neustadt (Dosse), Kyritz, Pritzwalk und Güstrow für die Regionalbahnstrecken 73 und 74 sowie zwischen Parchim, Malchow und Waren/Müritz („Mecklenburgische Südbahn“). Brandenburg und MV wollen nach Angaben der Minister die weiteren Schritte zur Realisierung der Variante 80 km/h für die untersuchten Strecken prüfen. Möglich sei aber auch eine Mischvariante. Das Vorhaben ist auch Thema bei der gemeinsamen Kabinettsitzung beider Bundesländer im September.

Die „160er“-Variante sieht nach Worten des Gutachters Wolfgang Scherbaum einen durchgehenden Regionalexpress (RE) von Berlin nach Rostock vor. Viele Fahrgäste würden der Potenzialanalyse zufolge das Angebot nutzen, um von der Hauptstadt direkt in die Hansestadt zu fahren, so Scherbaum.

Für die langfristige finanzielle Absicherung des Betriebs der Bahnstrecke wäre eine deutliche Erhöhung der für den Schienenpersonennahverkehr zur Verfügung stehenden Mittel notwendig. Auf MV entfielen in beiden Varianten die deutlich höheren Kosten: Bei der 160 km/h-Variante wären es 394 Millionen, während 259 Millionen Euro auf Brandenburg zukämen. In der „80er-Variante“ wären es 161 Millionen (MV) beziehungsweise 87 Millionen Euro (Brandenburg).

Blank betonte, der Wunsch nach dem Ausbau sei eindeutig aus den Regionen geäußert worden. „Aber wir müssen es auch stemmen können. Ohne den Bund geht es nicht“, so der Minister mit Blick auf die Investitionen und Betriebskosten. Die Kosten für die weitere Planung des Ausbaus der Strecken ist von den Ländern zu finanzieren.

Von den Baukosten könnten vom Bund maximal 75 Prozent übernommen werden. All das ist noch Zukunftsmusik: Ein möglicher Terminablauf sieht eine „stufenweise Realisierung und Inbetriebnahme“ der ausgebauten Strecken von Januar 2034 bis Dezember 2037 vor.

Wörter: 475
 Autor/-in: Redaktion OZ
 tmt7lisfjiqaivo2dhiew1
 Seite: 15
 Ressort: Mecklenburg-Vorpommern
 Medienkanal: PRINT
 Mediengattung: Tageszeitung
 Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
 Ausgabe: Nebenausgabe
 Auflage: 6.262 (gedruckt)¹
 6.849 (verkauft)¹
 7.682 (verbreitet)¹
 Reichweite: 0,03601 (in Mio)²

¹ IVW 2/2025


² AGMA ma 2024 Tageszeitungen



Eine Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken in MV zur besseren Anbindung an Brandenburg wird geprüft. *Fotograf/-in: Foto: Arno Zill*

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 rp-online

Atommüll-Zwischenlager in Ahaus: Sorge vor Sofortvollzug der Castortransporte

13. August 2025 14:12 | Medienart: Online | Visits/Monat: 48.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Düsseldorf · Wenn das zuständige **Bundesamt** den Sofortvollzug der umstrittenen Transporte anordnet, haben Klagen von Gegnern nicht automatisch eine aufschiebende Wirkung. Polizeifahrzeuge begleiten einen Castor-Transporter von Jülich zum **Endlager** in Ahaus. Von Maximilian Plück Leiter Redaktion Landespolitik Kurz vor der erwarteten Genehmigung von Castortransporten vom Zwischenlager Jülich ins münsterländische Ahaus fordern Gegner, der Bund dürfe ihnen nicht den Klageweg verbauen. Ohnehin will man sich im Lager der Kritiker noch nicht mit der Alternativlosigkeit der Transporte abfinden. So sagte der umweltpolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Jan-Niclas Gesenhues, unserer Redaktion: „Wichtig wäre, dass nun endlich eine Genehmigung für eine Zwischenlagerung in Jülich kommt. Darauf habe ich während meiner Zeit im Umweltministerium hingewirkt.“ Gesenhues war in der Ampel selbst Staatssekretär im Bundesumweltministerium. Erwartet wird, dass das **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung** (BASE) noch in dieser Woche über die Transporte entscheidet. „Für den Fall, dass das **BASE** grünes Licht für die Transporte nach Ahaus gibt, sollte der Bund faire und transparente Zugänge zur gerichtlichen Überprüfung ermöglichen – und nicht durch den Sofortvollzug den Menschen vor Ort de facto die Möglichkeit nehmen, die Entscheidung juristisch vernünftig überprüfen zu lassen“, warnte Grünen-Politiker Gesenhues. „Wenn man es fundiert sachlich begründet, hat das Ministerium als Aufsicht des **BASE** sehr wohl die Möglichkeit, ein Veto beim Sofortvollzug einzulegen.“ Erst jüngst hatte der amtierende Staatssekretär im Ministerium, Jochen Flasbarth (SPD), erklärt, dass eine politische Einflussnahme bei der Genehmigung nicht möglich sei. Die Frage ist nun, ob das **BASE** einen sogenannten Sofortvollzug veranlassen wird: „Die Eilbedürftigkeit im Falle Jülich ist unserer Meinung nach nicht gegeben“, sagte Dirk Jansen, Geschäftsleiter des BUND NRW. Die Brennelemente lagerten dort seit Jahrzehnten. „Insofern erschließt sich nicht, wie ein sofortiger Vollzug begründet werden sollte.“ Doch selbst wenn das **BASE** diesen anordne, stehe der Rechtsweg per Eilantrag offen, sagt Jansen. „Dann hängt es von der Gerichtsentscheidung ab, ob es einen Aufschub gibt. Wir sind auf jeden Fall vorbereitet und deshalb auch kurzfristig in der Lage, eine Entscheidung über eine Klage zu treffen.“ Der BUND hatte gemeinsam mit Bürgerinitiativen in Ahaus und Jülich und weiteren Bündnissen der Anti-Atomkraftbewegung an Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD), aber auch an die Landesregierung, namentlich an Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) und Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne), geschrieben und noch einmal für eine Lösung in Jülich geworben. „Bislang haben wir auf unsere Schreiben noch keinerlei Reaktion – weder vom Bund, noch von der Landesregierung“, sagte Jansen. „Wir hoffen aber nach wie vor, dass es eine politische Lösung geben wird. Es ist doch absurd, den **Atommüll** aufwendig über mehrere Jahre in ein ebenfalls marodes Zwischenlager zu kutschieren, um ihn dann 2036 wieder abzutransportieren.“

Auch das Sicherheitsargument für Ahaus lässt sich schnell entkräften.“ Denn auch regelmäßige Transporte über die Straßen des Landes seien ein enormes Sicherheitsrisiko, argumentierte Jansen.
